



Lebensretter

Junger Feuerwehrmann in Zivil rettete nach Verkehrsunfall zwei Menschenleben. Seite 12

Blau-gelbes Schulstartgeld

Schon jetzt kann die Unterstützung für Kinder und Jugendliche beantragt werden. Seite 13

Auf, auf nach Mariazell

Erleben Sie am Wallfahrtswochenende auch einen Familienausflug. Seite 13

NÖ Almwirtschaft

Der 73. NÖ Almwandertag fand traditionell an Mariä Himmelfahrt statt. Bei hochsommerlichen Temperaturen wurde auf der Garnbergalm der Bergbauernschule Hohenlehen hundert Gästen die besondere Form der landwirtschaftlichen Nutzung vorgestellt. LK-Vize Andrea Wagner und NÖ Alm- und Weidewirtschaftsverein-Obmann Josef Mayerhofer erklärten, wie wertvoll Almen und Weiden für die Betriebe, die Kulturlandschaft und Wirtschaft sowie für die Freizeitgestaltung sind: „Mit ihrem Artenreichtum sind sie eine wichtige Produktionsgrundlage für unsere Lebensmittel. Ein respektvoller und fairer Umgang mit Tier, Pflanze und Mensch ist wichtig, damit wir uns auch künftig an unseren Almen und Weiden erfreuen können.“

NOCH MEHR
Den Artikel in voller Länge lesen Sie hier



Bauernbund empfängt Finanzminister in Warth

Einen vollen Saal und eine spannende Diskussion erlebten mehr als 200 Bäuerinnen und Bauern beim diesjährigen Sommergespräch. Mit Bundesminister Magnus Brunner konnten die Obleute der Bauernbundbezirke Wiener Neustadt und Neunkirchen einen hochkarätigen Gastredner gewinnen.

ARTUR RIEGLER

Der Name Magnus gilt als Schutzpatron des Viehs und des Feldes sowie als Nothelfer gegen Schlangenbisse, Mäuse- und Raupenplagen. Das ist ein gutes Vorzeichen für den heutigen Abend“, beschrieb mit einem Augenzwinkern Tom Bläumer den Hauptredner Magnus Brunner in seiner Anmoderation. Wenig später ging es bei der Diskussion über landwirtschaftliche, ökologische sowie gesellschafts- und finanzpolitischen Fragen erheblich ernsthafte zu.

Umweltschutz, Agrar- und Klimapolitik mit Hausverstand

Als Hausherr der LFS Warth gab zunächst Direktor Franz Aichinger einen Überblick über die Fachschule und den Unterricht.

LKR Irene Neumann-Hartberger, seit dem Jahr 2021 Bundesbäuerin und Abgeordnete zum Nationalrat, nahm zur Bundespolitik in herausfordernden Zeiten ausführlich Stellung. Sie hob hervor, dass bürgerschaftliches Engagement von enormer Wichtigkeit sei. Gerade für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum – sei es im Bauernbund, im Vereins- und Genossenschaftswesen – müssen Bäuerinnen und Bauern Position beziehen. „Wir müssen gemeinsam aktiv sein. Mit Wissen und Information aus richtiger Quelle müssen wir stumpfsinnigen Fake News entgegensteuern“, so Neumann-Hartberger und betonte: „Auch auf EU-Ebene braucht es Leute, wie Alex, der die Dinge beim Namen nennt und auf die richtige Ebene bringt.“ Als



Die Sommergesprächsrunde mit Obmann Martin Preineder, MEP Alexander Bernhuber, Minister Magnus Brunner, NAbg. Irene Neumann-Hartberger und Obm. Thomas Handler.

„Grundlage, wie sich der NÖ Bauernbund in Zukunft positioniert, ist das Forderungspapier. Es wurde im Zuge der Obleutekonferenz erstellt“, berichtete Alexander Bernhuber. Er nannte die Versorgungssicherheit als Beispiel: „Noch kann man sich mit Lebensmitteln selbst versorgen, bei lebenswichtigen Arzneien war es zwischenzeitlich

„Mit mir wird es keine neuen Erbschafts- und Vermögensteuern geben.“

MAGNUS BRUNNER

nicht der Fall.“ Zentral sei auch der Schutz von Vermögen und Eigentum, weil bäuerliches Kapital die Produktionsgrundlage sei, so Bernhuber.

Dem stimmte Finanzminister Brunner inhaltlich zu: „Die Idee neuer Vermögensteuer ist nicht zu Ende gedacht.“ So werde in Österreich bereits der Ertrag von Vermögen besteuert, auch die Umsetzung einer Besteuerung von Bauern, Klein- und Mittelbetrieben ab einer Million stünde in keiner Relation zum Aufwand. Beim Thema Inflation verteidigte der Finanzminister die Maßnahmen der Regierung gegen die Teuerung. Als Treuhänder öffentlicher Mittel sei ihm Treffsicherheit, Geschwindigkeit und der soziale Ausgleich wichtig. „Und wir schaffen endlich die kalte Progression ab, das haben schon viele Regierungen in den letzten Jahrzehnten versprochen. Es nimmt mir Spielraum als Finanzminister, aber es ist ein Akt der Fairness. Wir müssen es auch den Leuten erklären, dass davon nur wer profitiert, der auch Steuern zahlt“, so Brunner.

Forderungspapier am Rübenacker übergeben



Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig nahm von Direktor Paul Nemecek die Forderungen des NÖ Bauernbundes entgegen.

Zu einem Vor-Ort-Termin auf einem Acker im Weinviertel trat Bauernbünddirektor Paul Nemecek mit Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig zusammen. Nemecek legte dem Minister dabei das neue Forderungspapier für die Land- und Forstwirtschaft vor, das Anfang Juni vom NÖ Bauernbund präsentiert wurde, um mit dem Ressortchef weiterführende Maßnahmen zu diskutieren.

Das Fünf-Punkte-Programm enthält die wichtigsten Forderungen für die heimische Landwirtschaft bis 2025. Dazu zählt das klare „Nein“ zum Mercosur-Freihandelsabkommen und ein glasklares „Ja“ der Republik zur Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Von der EU fordert der Bauernbündler Versorgungsauftrag ein und appelliert, alle unrealistischen Reduktionsziele beim Pflanzenschutz abzusagen.

„Während Europa die Klima-, Tierwohl- und Sozialstandards laufend nach oben schraubt, spielen diese

in Südamerika eine untergeordnete Rolle“, sagte Nemecek. Die Agrarpolitiker stimmten auch in Bezug auf die umstrittene EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur überein.

Totschnig kritisierte die „überschießenden“ und „unrealistischen“ Ziele des Kommissionsvorschlages: „In der vorliegenden Form würden diese unsere Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln einschränken.“ Beide sprachen sich für eine „nachhaltig-bäuerliche Produktion“ aus, wie sie in der kleinstrukturierten heimischen Landwirtschaft ohnedies erfolgt.

Als Antwort auf den Klimawandel wurde von Nemecek auch ein rascher und konsequenter Ausbau der Bewässerung und der Wasserinfrastruktur angesprochen. Für den Landwirtschaftsminister ist klar, dass das Thema Trockenheit in der Landwirtschaft an Brisanz gewinnt. Dazu wurden in der gemeinsamen Agrarpolitik schon unterschiedlichste Maßnahmen vorgehen.